



Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

DG 19. April 91 - 10

(100)
t.300-33 - FMA
t.751-470 / -

Sachbearbeiter
Collaborateur
Collaboratore

M. Flury

INFRAS
Dreikönigstrasse 51

8002 Zürich

z. Hd. Herrn S. Mauch

Tel. 031/61 35 45

Bern, den 11. April 1991

Ihre Ref.: SM/mw/06 (5.11.1990)

CO₂-Emissionen/Treibhauseffekt und Massnahmen
der Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Mauch,

Wir beziehen uns auf Ihren Brief vom 5.11.1990, indem Sie der DEH eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Massnahmen der EZA auf die CO₂-Emissionen vorschlagen. Wie wir Ihnen anfangs Dezember² mündlich mitgeteilt haben, beabsichtigen wir, den Themenkomplex näher zu studieren. Dies wird es uns auch ermöglichen, den Bedarf an weitergehenden Studien zu bestimmen.

Mit den nachfolgenden Ausführungen möchten wir die Hauptelemente der Problematik aus unserer Sicht kurz umreißen, dies um anschliessend zu ihrem Vorschlag Stellung zu nehmen.

1. Das CO₂ nimmt eine deutlich dominante Stellung in der Zunahme des Treibhauseffektes ein (je nach Quelle aktuell zwischen 50 und 65%). Innerhalb der CO₂-Emissionen sind jene, die bereits aus der Biosphäre stammen (Vegetation, Boden) von denjenigen, die aus der Geosphäre (fossile Brennstoffe) eingebracht werden zu unterscheiden. Während diese Unterscheidung in der Wirkung der Emissionen nicht relevant ist, bedeuten jedoch die Letzteren einen deutlich massiveren Eingriff in das ökologische System. Es handelt sich um einen Prozess, der millionenfach schneller abläuft als je zuvor in der Weltgeschichte.



2. Ein mengenmässiger Vergleich zeigt, dass der CO₂-Ausstoss aus fossilen Quellen von 1950-87 zum absolut grössten Teil von den USA, der europäischen Gemeinschaft und der UdSSR stammt; dann an vierter Stelle erst erscheint China, gefolgt von Japan (World Resources). In der Zeit von 1860-1987 wurden gesamthaft schätzungsweise 240 Milliarden Tonnen Kohlenstoff in die Atmosphäre als CO₂ ausgestossen. Davon stammten lediglich rund ein Viertel aus der Aktivität von Landnutzungsveränderungen bzw. Entwaldung.
Die prioritäre Verantwortung für den Treibhauseffekt ist eindeutig der industriellen Entwicklung zuzuweisen. Die Betrachtung des pro-Kopf Ausstosses von Treibhausgasen verdeutlicht die überragende Bedeutung der industrialisierten Welt. Diese wird einzig von Brasilien durchbrochen. Die extrem hohe Entwaldungsrate im Amazonas kommt hier zum Ausdruck, eine Tatsache, welche eng mit einer verfehlten Boden- und Sozialpolitik verbunden ist.
Vergleicht man die Länder mit relativ hohem Ausstoss, wie z.B. die USA mit 4,2 t/Jahr (Kohlenstoffäquivalente) und Deutschland mit 3,7 t im Verhältnis zu Japan mit 1,8 und Schweden mit 1,7, so zeigt diese Differenzierung, dass die nationalen Politiken die CO₂-Emissionen sehr wesentlich beeinflussen.
3. Die Problematik der Entwaldung in den Entwicklungsländern hat einerseits eine gewisse Relevanz für die CO₂-Problematik. Es ergeben sich jedoch daraus andererseits keine Notwendigkeiten, die bereits formulierten entwicklungs- und umweltpolitischen Zielsetzungen zu verändern. Mit dem Argument der CO₂-Emissionen aus Entwaldungsprozessen wären höchstens vermehrte Mittel zur Durchsetzung der formulierten "waldpolitischen" Massnahmen zu mobilisieren.
Die Diskussionen in internationale Gremien laufen zum Teil in diese Richtung.
4. Im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern gilt es trotz der deutlich tieferen Emissionen auf eine sehr geringe Nutzungseffizienz im Energiebereich hinzuweisen, Ansatzpunkt von Unterstützungsmassnahmen der EZA im Bereich angepasster, energiesparender und emissionsarmer Systeme, dies auch unter dem Stichwort "Technologie-transfer".
5. Im weiteren erscheint die Ueberlegung relevant, dass die von allen legitim angestrebte ökonomische Entwicklung (dies vor allem im Zusammenhang mit der allgemeinen Armutsbekämpfung) den pro Kopf Ausstoss der Entwicklungsländer sicher noch steigern wird.
Wenn zum Beispiel China die heutige Weltdurchschnittsemission von 1,1 Tonne Kohlenstoffäquivalenten pro Kopf und Jahr erreichen würde, so bedeutete dies eine Steigerung von 28% der Zunahme von CO₂ in der Atmosphäre. Oder bei noch optimistischeren Entwicklungsperspektiven: Die Steigerung auf ein Niveau von Frankreich (2,2 Tonnen) würde eine Steigerung von 68% ergeben.

6. Innerhalb der Liste der Länder von globaler Relevanz im Bezug auf CO₂-Emissionen befindet sich kein Schwerpunktsland der DEH. In der Liste der 50 Länder mit den höchsten pro Kopf Treibhausgasemissionen finden sich lediglich Brasilien und die Elfenbeinküste (7. bzw. 8. Stelle).

Die Entwicklungspolitik der DEH, die sich prioritär auf die Erhaltung der natürlichen Ressourcen konzentriert (s. Sektorpolitiken Land- und Forstwirtschaft), steht grundsätzlich in Einklang mit den aus der CO₂-Problematik zu ziehenden Konsequenzen. Im Bereich der urbanen bzw. der nicht landwirtschaftlichen Entwicklung geht es speziell darum, die Umweltverträglichkeit von Technologien im Rahmen der Abklärung der Gesamtnachhaltigkeit von EZA Massnahmen zu integrieren.

7. An "policy guidelines" in der angesprochenen Thematik fehlt es nicht. Sowohl die OECD (u.a. ad hoc-Experten-gruppe des DAC) wie auch die multilateralen Institutionen erarbeiten entsprechende Richtlinien. Die wissenschaftlichen Grundlagen werden im Rahmen der Tätigkeiten der IPCC aufgearbeitet und zusammengefasst. Die Verhandlungen im Hinblick auf eine Klimakonvention bieten Gelegenheit, diese Grundlagen wie auch grundlegende Politiken und Strategien permanent aufzuarbeiten.

8. Es kann aus dem bisher ausgeführten Folgendes abgeleitet werden:

- Im Bereich der ländlichen Entwicklung besteht Uebereinstimmung zwischen den CO₂-politischen Anforderungen einerseits und den entwicklungspolitischen Massnahmen andererseits (Bekämpfung von Entwaldung, Bodendegradation, Verlust der Artenvielfalt, etc., dies in Verbindung mit notwendigen Massnahmen im institutionellen Bereich, und integriert in eine Strategie der Befriedigung der Grundbedürfnisse)

- Im Bereich der industriellen Entwicklung geht es darum, die Umweltverträglichkeit von Technologien in die Abklärung der Gesamtnachhaltigkeit zu integrieren. Die entsprechenden methodologischen Arbeiten sind im Gange.

- Die CO₂-Problematik ist für die Entwicklungsländer nicht von prioritärer Bedeutung. Wichtig scheint uns jedoch, dass die betroffenen Länder entsprechende umwelt-entwicklungspolitische Strategien erarbeiten, dies falls notwendig durchaus mit EZA Unterstützung. Energiepolitik (u.a. Nutzungseffizienz), Landnutzungs- und Landbesitzpolitik, makroökonomische Politik etc. müssen sich an den CO₂-politischen Anforderungen orientieren, was ja nicht für die Entwicklungsländer alleine gilt.

In diesem Zusammenhang kommen landesspezifischen Studien zur Situation und zu den Perspektiven im Bezug auf die Emissionen von Treibhausgasen zentrale Bedeu-

tung zu. Die DEH hat sich bereits bereit erklärt, interessierte Staaten in der Ausführung solcher Studien zu unterstützen. Die globale Umweltfazilität (Weltbank/UNDP/UNEP) wie auch der vorgesehene Rahmenkredit "globale Umweltmassnahmen" bieten dafür die operationellen wie finanziellen Möglichkeiten. Im Rahmen von "policy based lending" Programmen ist die DEH auch bereit, erwähnte Restrukturierungsmassnahmen auf nationaler Ebene zu unterstützen, technisch wie vor allem auch finanziell.

Wir sind der Meinung, dass ein Bedarf von Abklärungsstudien im Bereich der CO₂-Emissionen vorab auf nationaler Ebene der einzelnen Entwicklungsländer besteht. Dagegen sind wir nicht davon überzeugt, dass uns eine Untersuchung, wie sie Sie vorschlagen, neue richtungsweisende Erkenntnisse zur Verfügung stellt, welche die verfolgten Vorgehensweisen grundsätzlich in Frage stellen würden.

Mit bestem Dank für Ihre Initiative.

Mit freundlichen Grüssen

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
UND HUMANITÄRE HILFE
Fachdienst Forst/Umwelt


Th. Wiederkehr

Kopien: CL, WR/HZ/FMA
Gruppe für Entwicklung und Umwelt (A. Kläy),
Quartiergasse 16, 3013 Bern

OG 19. APRIL 2010